



**Stadt Leverkusen**

Antrag Nr. 2019/2907

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-he

**Dezernat/Fachbereich/AZ**

09.05.19

**Datum**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Betriebsausschuss Kultur-StadtLev</b>	21.05.2019	Beratung	öffentlich
<b>Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III</b>	06.06.2019	Beratung	öffentlich
<b>Finanz- und Rechtsausschuss</b>	24.06.2019	Beratung	öffentlich
<b>Rat der Stadt Leverkusen</b>	01.07.2019	Entscheidung	öffentlich

**Betreff:**

Schloss Morsbroich

- Neugestaltung der Rechtsform für die Liegenschaft und das Museum Morsbroich
- Antrag der Gruppe FDP vom 08.05.19

**Anlage/n:**

2907 - Antrag



Herrn  
Oberbürgermeister Uwe Richrath  
Friedrich-Ebert-Platz 1  
51373 Leverkusen

FDP-Ratsgruppe

08.05.19

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien und des Rates:

Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt, dass mit höchster Priorität und umgehend die Neugestaltung der Rechtsform für die Liegenschaft und das Museum Morsbroich erfolgt. Hier wird dem Vorschlag der Projektgruppe Folge geleistet, indem Liegenschaft und Museum aus KSL herausgelöst und in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung nach der Eigenbetriebsverordnung des Landes NRW überführt werden.

**Begründung:**

Vor mehr als einem Jahr hat der Rat der Stadt einstimmig die von der Projektgruppe vorgeschlagenen Bausteine für eine zukunftsfähige Betriebsstruktur von Schloss Morsbroich und seinen Liegenschaften angenommen. Seither wird ausschließlich über „Nebenschauplätze“ wie die Parkplatzgröße gestritten. Ansonsten scheint Stillstand zu herrschen, was zur Folge hat, dass für die Stadt wichtige Ereignisse, wie u.a. der Morsbroicher Sommer nicht in gewohnter Art stattfinden können, die Gastronomie mittlerweile verwaist ist und potenzielle Fördergelder und Investitionen nicht wahrgenommen werden können.

Die wichtigste Voraussetzung für ein Gelingen der Neuorganisation ist die Schaffung einer verbindlichen Rechtsgrundlage, einer „Verfassung“ für die Liegenschaft und das Museum. Dazu fehlen bisher Vorschläge der Verwaltung. Nur mit einer verlässlichen Rechtsstruktur für das Schloss kann ein neuer Pächter für die Gastronomie gefunden werden. Auch die zu besetzenden Stellen von Museumsdirektor oder Liegenschaftsmanager sind für potenzielle Bewerber wenig attraktiv ohne gesicherte Rechtsstellung der Liegenschaft und des Betriebes. Hier ist schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen.

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens  
FDP-Ratsgruppensprecherin